

Nummer 9/2018 (27. April bis 17. Mai 2018)

Inhaltsübersicht	Seite
THEMA DER WOCHE: HANDELSGESPRÄCHE USA-CHINA	2
Diskussion um ZTE könnte US-chinesische Handelsgespräche bestimmen	2
CHINA UND DIE WELT	3
China intensiviert Nachbarschaftsdiplomatie	3
INNENPOLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN	4
Kranführer und Lieferanten fordern mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen	4
Xi Jinping: Bessere Koordination mit Provinzen und Kommunen notwendig	5
Deutsch-chinesischer Mediendialog: Wenige Gemeinsamkeiten, viele Unterschiede	5
Was wissen Deutsche über China? Fachveranstaltung im Bildungsministerium	6
WIRTSCHAFT, FINANZEN UND TECHNOLOGIE	7
Ausländische Banken planen Mehrheitsbeteiligungen im Wertpapier-Geschäft	7
Staatsrat baut bürokratische Hürden für neue Firmen ab	8
DER EUROPÄISCHE BLICK	9
Großbritannien und Tencent vereinbaren Kooperation im Kulturbereich	9

METRIX – Die Zahl der Woche

49,7%

Fast jede zweite berufstätige Frau in China ist kinderlos. Zu diesem Ergebnis kommt die **Statistikabteilung** der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua. Weit über ein Drittel der kinderlosen Frauen gab an, sich aus Zeitgründen und Mangel an Energie gegen Nachwuchs entschieden zu haben. Andere sagten, die finanzielle Belastung durch Kinder sei zu hoch.

THEMA DER WOCHE: HANDELSGESPRÄCHE USA-CHINA

Diskussion um ZTE könnte US-chinesische Handelsgespräche bestimmen

Vieles steht auf dem Spiel bei den Verhandlungen diese Woche in Washington über die Handelsstreitigkeiten zwischen China und den USA. Denn die Gespräche sollen einen drohenden Handelskrieg zwischen den beiden führenden Wirtschaftsmächten noch abwenden. Die chinesische Delegation, geleitet von Vizepremier Liu He, kam am 15. Mai in Washington an. Zur Diskussion stehen kontroverse Themen wie der chinesische Handelsüberschuss, aber auch die angedrohten Zölle für Agrarprodukte und Stahlimporte. Überlagert wird das Treffen von der Diskussion um den chinesischen Technologie-Konzern ZTE, nachdem US-Präsident Donald Trump am vergangenen Sonntag über Twitter überraschend Hilfe für den angeschlagenen Tech-Riesen angeboten hat.

Offiziell hat ZTE mit den jüngsten Handelsstreitigkeiten nichts zu tun. Aber **Medienberichten zufolge** könnten erfolgreiche Verhandlungen in Washington von einer Lösung für ZTE abhängen. Im Gegenzug könnten die USA Konzessionen in anderen Bereichen fordern.

Chinas zweitgrößtes Telekommunikationsunternehmen steht vor dem Aus, nachdem die USA Strafmaßnahmen gegen ZTE erlassen und den Konzern von seinen US-Zulieferern abgeschnitten hatte. Grund waren Verstöße ZTEs gegen US-Auflagen, nachdem die Firma eingeräumt hatte, ungeachtet der bestehenden US-Sanktionen gegen den Iran und Nordkorea Produkte mit US-Komponenten an diese Länder verkauft zu haben. Für die nächsten sieben Jahre darf ZTE keine Mikrochips von US-Zulieferern kaufen. Der Fall hat die Abhängigkeit führender chinesischer Firmen wie ZTE von ausländischen High-tech-Komponenten deutlich gemacht.

Neben ZTE ist der chinesische Handelsüberschuss mit den USA vermutlich eines der Hauptthemen bei den Verhandlungen in Washington. Doch Kern der Handelsstreitigkeiten ist vor allem Beijings industriepolitische Strategie „Made in China 2025“. Dieser Plan zielt darauf ab, chinesische Firmen zu Marktführern etwa bei Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und in der Elektromobilität zu machen. **Die US-Regierung fordert** ein Ende der staatlichen Subventionen in diesen Industriezweigen und plant, chinesische Technologieexporte in die USA mit Zöllen zu belegen.

Im Vorfeld der Verhandlungen in Washington betonten beide Seiten die Notwendigkeit von Zusammenarbeit. Der wirtschaftliche Berater des Weißen Hauses, Larry Kudlow, **sagte am Dienstag**, dass er die Bemühungen um eine Einigung mit Beijing unterstütze. Auch die chinesische Seite zeigte Wohlwollen. **Berichten zufolge** nahmen chinesische Aufsichtsbehörden die Überprüfung eines Übernahmeangebots des US-Chipherstellers Qualcomm für den örtlichen Rivalen NXP wieder auf. Weltweit steht nur noch die Zustimmung der chinesischen Wettbewerbshüter aus.

Max J. Zenglein, Leiter des Programms Wirtschaft am MERICS:

„Die Entwicklungen im Vorfeld des Treffens in Washington verdeutlichen die Komplexität der Handelsthemen und bilateralen Beziehungen. Die USA und China sind nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene eng miteinander verbunden, sondern auch bei politischen Themen wie Nordkorea. Es gibt starke Anzeichen

dafür, dass beide Seiten einen Handelskrieg, der globale Auswirkungen haben könnte, vermeiden wollen.“

CHINA UND DIE WELT

China und Iran bekräftigen „strategische Partnerschaft“

China will trotz des Rückzugs der USA an dem Atomabkommen mit dem Iran festhalten. Während des Besuchs des iranischen Außenministers Mohammad Jaraf Zarif am 13. Mai in Beijing bekräftigte der chinesische Außenminister Wang Yi Beijings Unterstützung für das Abkommen. Die chinesische Hauptstadt war die erste Station einer diplomatischen Rundreise Zarifs, die ihn auch nach Moskau und Brüssel führte, um sich mit den verbleibenden Unterzeichnern des Abkommens zu beraten.

Nach dem Treffen sagte Wang Yi, dass Zarifs Reise den anderen Ländern helfe, Irans Position besser zu verstehen und Teheran helfe, seine „legitimen nationalen Interessen“ zu schützen. Wang und Zarif bekräftigten die „wechselseitige strategische Partnerschaft“ ihrer beiden Länder.

China gehört neben den USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland zu den sechs Staaten, die das historische Abkommen mit dem Iran ausgehandelt haben. Es sieht die Aufhebung von Sanktionen gegen den Iran vor und verpflichtet Teheran im Gegenzug, keine Atomwaffen herzustellen.

China hat weitreichende ökonomische Interessen im Iran und ist der größte Importeur von iranischem Öl. Das staatliche Energieunternehmen CNPC hält 30 Prozent an einem großen iranischen Erdgasprojekt. Laut Medienberichten ist CNPC bereit, seinen Anteil weiter zu erhöhen, sollte sich der französische Konzern Total aufgrund der angekündigten US-Sanktionen zurückziehen. Dies könnte die ohnehin bereits angespannte Stimmung zwischen China und den USA weiter verschärfen. Die Sanktionen der USA könnten auch Auswirkungen auf Aktivitäten chinesischer Unternehmen im Iran haben und internationale Zulieferer dazu bewegen, ihre Geschäfte mit im Iran ansässigen Unternehmen einzustellen.

China intensiviert Nachbarschaftsdiplomatie

Eine Reihe hochrangiger Treffen zwischen China, Südkorea und Japan deutet auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den drei ostasiatischen Ländern hin, deren Beziehungen seit Jahren durch territoriale und historische Auseinandersetzungen belastet sind.

Bei einem Treffen in Japan am 10. Mai vereinbarten der chinesische Premierminister Li Keqiang und sein japanischer Amtskollege Shinzo Abe mehrere Initiativen zur Förderung einer engeren Zusammenarbeit. Zu den wichtigsten Vereinbarungen zählt die Einrichtung einer Sicherheits-Hotline bis Juni, die frühzeitig eine etwaige Eskalation der Situation im Ostchinesischen Meer verhindern soll. Sowohl Japan als auch China erheben territoriale Ansprüche auf die Senkaku- beziehungsweise Diaoyu-Inseln. Li forderte Abe auch auf, der Seidenstraßeninitiative (BRI) beizutreten. Mit der Initiative verfolgt China den ehrgeizigen Plan, die Handels- und Transportwege zwischen Asien, Afrika und Europa auszubauen.

Bei einem Treffen **am 9. Mai**, an dem auch der südkoreanische Präsident Moon Jae In teilnahm, vereinbarten die drei Regierungschefs, bei der Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zusammenzuarbeiten. Sie sprachen sich auch für einen trilateralen Freihandel aus.

Die Treffen werden als Versuch der chinesischen Seite gesehen, die Beziehungen mit den Nachbarn zu verbessern und Sorgen vor einem zunehmend selbstbewusst auftretenden China zu mindern. Auch das Treffen zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dem indischen Premierminister Narendra Modi **im vergangenen Monat** in Wuhan sollte dazu dienen, die Nachbarschaftsbeziehungen zu verbessern und Skepsis gegenüber der BRI abzubauen.

Kurz gemeldet

- **Eigenbau: Erster Flugzeugträger "Made in China" auf Testfahrt**
- **Wechsel: Dominikanische Republik kapt für China Beziehungen mit Taiwan**
- **Prüfung: BRI-Projekte in Malaysia nach Wahlsieg für Opposition im Fokus**

INNENPOLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN

Kranführer und Lieferanten fordern mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen

In Chinas Logistikbranche und im Baugewerbe hat es in den vergangenen Wochen mehrfach Arbeiterproteste gegeben. Lieferwagenfahrer, die für die Hongkonger Logistikfirma Lalamove arbeiten, gingen in mindestens fünf Städten gegen Lohnkürzungen auf die Straße, die das Unternehmen ohne Vorankündigung durchgesetzt hat. Der größte Protest wurde am 6. Mai aus der südchinesischen Stadt Shenzhen gemeldet, wo ein Protestzug von mindestens 50 Lieferwagen mit Transparenten und Bannern langsam eine breite Straße entlangfuhr. **Ähnliche Proteste** gab es in Changsha, Chengdu, Kunming und Xi'an.

Auch Kranführer in ganz China **streikten und protestierten** für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. **China Labour Bulletin**, eine in Hongkong ansässige Nichtregierungsorganisation, verzeichnete seit dem 25. April mindestens ein Dutzend solcher Streiks und Proteste, darunter Vorfälle in Sichuan, Gansu, Henan, Fujian, Hunan, Jiangsu, Guizhou, Jiangxi, Hubei und Guangxi. Einige Medien sprechen von dem größten branchenbezogenen Arbeiterprotest der letzten Jahre.

Die Arbeiter organisierten ihre Proteste über Apps wie QQ und WeChat. Sie nutzen geschlossene Chat-Gruppen und Kurznachrichtendienste für Bekanntmachungen und strategische Absprachen.

Im Logistiksektor und im Baugewerbe werden häufig gering qualifizierte Wanderarbeiter beschäftigt. In vielen Fällen sind die Arbeitsbedingungen schlecht und die Bezahlung gering. Verträge und Sozialversicherungsbeiträge sind selten. Insbesondere in der Logistikbranche stehen die Fahrer wegen digitaler Techniken unter Druck, unter anderem durch Apps, die Lieferzeiten und -wege überwachen.

Xi Jinping: Bessere Koordination mit Provinzen und Kommunen notwendig

Chinas Staat- und Parteichef Xi Jinping hat eine bessere Koordination zwischen der Zentralregierung und der Provinz- und Kommunalebene gefordert. Xi sprach bei der zweiten Sitzung der Zentralen Kommission zur umfassenden Vertiefung der Reformen am 11. Mai in Peking. Die Kommission tagte unter seiner Leitung.

Nach Angaben der **staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua** forderte die Kommission mehr Einfluss für örtliche Institutionen, allerdings unter der Prämisse der uneingeschränkten Aufrechterhaltung der Führung der Zentrale.

Insgesamt wurden auf der Sitzung **zehn Dokumente** verabschiedet, darunter zur Reform kommunaler Institutionen, zu den Staatsunternehmen, sowie zu den Bereichen Altersvorsorge und Gesundheit.

Die Zentrale Kommission existiert in ihrer jetzigen Form **seit März 2018**. Sie war 2013 zunächst als beratende Leitungsgruppe (领导小组) gegründet worden. Die Umwandlung in eine Kommission ist Teil der Bemühungen der Kommunistischen Partei Chinas (KPC), ihren Einfluss auf staatliche Institutionen auszudehnen.

Die Stärkung ihrer zentralen Führungsrolle hat der KPC in den vergangenen Jahren zu mehr Kontrolle verholfen. Allerdings geschah dies teilweise auf Kosten lokaler Innovation.

Mareike Ohlberg, wissenschaftliche Mitarbeiterin am MERICS:

„Will die Partei mit ihren Reformen Erfolg haben, kann sie sich nicht allein auf ihre uneingeschränkte zentrale Führungsrolle stützen, sie braucht auch auf lokaler Ebene tragfähige Institutionen, die die örtlichen Gegebenheiten kennen und Reformvorhaben umsetzen können.“

Deutsch-chinesischer Mediendialog: Wenige Gemeinsamkeiten, viele Unterschiede

Die Themen des 7. chinesisch-deutschen Mediendialogs waren diplomatisch gewählt: Über soziale Medien und die Globalisierung diskutierten am 7. Mai etwa 40 Medienvertreter aus Deutschland und China in Berlin. Andreas Michaelis, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, betonte **in seiner Eröffnungsrede** die Bedeutung des Dialogformats: „Wenn wir es bei den Medien schaffen, Fortschritte zu erzielen, dann kann uns das auch in anderen Bereichen gelingen, in denen wir miteinander noch Schwierigkeiten haben.“ Er hob zudem die Bedeutung der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit für Deutschland hervor. Diese seien ein „Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung“.

Das sehr unterschiedliche Medienverständnis von Deutschland und China deutete sich bereits in der Begrüßungsrede von Guo Weimin, Vize-Minister des Staatsrats-Informationsbüros (SCIO), an. **Er sagte**, die Medien beider Länder müssten gemeinsam daran arbeiten, einen Beitrag zur Stabilisierung der umfassenden deutsch-chinesischen strategischen Partnerschaft zu leisten und für die wirtschaftliche Globalisierung werben.

Die Gespräche der chinesischen Gäste – in der Mehrheit führende Kader oder Funktionäre von parteistaatlichen Medien und Medienbehörden – mit den deutschen Journalisten – unter anderem von ARD,

Deutschlandfunk, Reuters, „Handelsblatt“ und „Zeit“ – **drehten sich zentral um die Funktion der Medien** in Zeiten von Fake News und wachsendem nationalen Protektionismus. Die chinesische Seite bezeichnete als zentrale Aufgabe der Medien das „konstruktive“ und „objektive“ Berichten und kritisierte negative und kritische Berichte deutscher Medien. Gerade zu Globalisierungsthemen müssten Journalisten auch „eigene Standpunkte“ in die nachrichtliche Berichterstattung einbringen. Diese Haltung stieß bei den deutschen Gesprächspartnern auf Erstaunen. Sie machten deutlich, dass die Medien in Deutschland sich als kritische, beobachtende Kontrollinstanz der politischen und wirtschaftlichen Akteure sehen.

Die nicht immer ganz einfachen Gespräche förderten nur wenige Gemeinsamkeiten an den Tag: Was den Aufstieg der sozialen Medien angeht, sehen sich chinesische und deutsche Teilnehmer durch die Verbreitung von Falschnachrichten vor ähnliche Herausforderungen gestellt. Nur qualitativ hochwertige Berichterstattung der traditionellen Medien könne hier entgegenwirken. Die Definition, was genau eine Falschnachricht ist, dürfte auch nach diesem Mediendialog in China und Deutschland unterschiedlich bleiben. In China können in sozialen Medien als „Gerüchte“ klassifizierte Meldungen zensiert werden, auf die Verbreitung von „Falschinformationen“ drohen sogar Gefängnisstrafen.

Die deutsch-chinesischen Mediendialoge werden seit 2011 jährlich abgehalten. Die Gespräche waren in den vergangenen Jahren oft schwierig gewesen, weil von chinesischer Seite eher Funktionäre der Kommunistischen Partei als praktizierende Journalisten entsandt wurden. Das Fazit der diesjährigen Gespräche war dennoch verhalten positiv. Viele Teilnehmer lobten – trotz der fortbestehenden Differenzen – die relativ offene Atmosphäre des Meinungsaustausches.

MERICS-Analyse: German-Chinese media dialogue: some connections amid fundamental differences. Blogbeitrag von Didi Tatlow, MERICS Visiting Fellow und eine der Moderatorinnen des Mediendialogs.

Was wissen Deutsche über China? Fachveranstaltung im Bildungsministerium

China ist als Partner in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft immer wichtiger, doch wie ist es um das Wissen der Deutschen über China bestellt? Dieser Frage widmete sich am 7. Mai eine **Fachveranstaltung** des Bundesforschungsministeriums (BMBF), des Auswärtigen Amts (AA) und der Kultusministerkonferenz (KMK). Vertreter von allgemeinbildenden und Berufsschulen, Hochschulen und Forschungsinstitutionen diskutierten darüber, wie Sprach- und Landeskennnisse über China in Deutschland verbessert werden können.

„Es geht darum, die China-Kompetenz in allen Bereichen zu fördern“, sagte der Staatssekretär im BMBF, Georg Schütte, zum Auftakt der Tagung. Das könne nur im Schulterschluss von Bund und Ländern gelingen. Grundlage der Diskussionen war eine auf der Konferenz vorgestellte MERICS-Analyse mit dem Titel **"China kennen, China können"**. Für die vom BMBF finanziell geförderte und dem AA unterstützte Untersuchung befragten die Autoren seit Herbst 2017 mehr als 50 Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und gesellschaftlichen Verbänden, die in ihrer Tätigkeit mit China in Berührung kommen, zum Bedarf an China-Kompetenz.

In Hintergrundgesprächen und Datenanalysen erhoben sie, welchen Stellenwert das Thema China an allgemein- und berufsbildenden Schulen hat, welche Hochschulen China-bezogene Studiengänge anbieten oder über zahlreiche Kooperationen mit dem Land verfügen. Die MERICS-Forscher warfen auch einen Blick auf den Stand der Chinesisch-Sprachangebote.

Ihr wichtigstes Fazit: Bei der Förderung der China-Kompetenz gab es auch dank zahlreicher Maßnahmen – etwa verstärktem Schüleraustausch oder mehr Hochschulkooperationen – Fortschritte. Dennoch ist das China-Bild vieler Deutscher nach wie vor von Klischees geprägt. Es besteht also Nachholbedarf: Zum Beispiel lernen im europäischen Vergleich immer noch wenige deutsche Schüler Chinesisch, die Zahl der an einem Studium oder Aufenthalt in China interessierten Studierenden und Auszubildenden steigt trotz steigendem Bedarf an qualifizierten China-Kennern nicht an.

Wer China verstehen will, sollte früh anfangen – dies wurde auch auf den Podiumsdiskussionen der BMBF-Tagung deutlich. Eine Chinesisch-Studentin berichtete, wie sie erst über ihre Sprachkenntnisse einen tieferen Einblick in das chinesische Leben bekam. Eine Außenhandelskauffrau erklärte, wie ihr ein früher Aufenthalt in China half, im Beruf effizienter mit chinesischen Partnern zu verhandeln. Ein durch weitere Austauschangebote nicht zu lösendes Problem ist allerdings, dass so manche enttäuscht aus China zurückkehren: die Luftverschmutzung, Internetzensur und die stark von der Partei kontrollierte Gesellschaft schrecken besonders junge Menschen vom Schritt nach China ab, wie einige Teilnehmer am Rande der Konferenz berichteten.

Forschungs- und Außenministerium sowie die Kultusministerkonferenz kündigten an, weitere maßgeschneiderte, abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen zur Steigerung der China-Kompetenz umzusetzen.

MERICS-Analyse: Andrea Frenzel, eine der Autorinnen der Studie, fordert in einem [Blogbeitrag](#) eine europäische Strategie zum Erlernen von Mandarin.

Kurz gemeldet

- [Menschenrechte: Westliche Diplomaten dürfen nicht zu Liu Xia](#)
- [Taiwan: GAP entschuldigt sich für unvollständige China-Karte auf T-Shirt](#)
- [Korruptionsvorwurf: Potentieller Xi-Rivale Sun Zhengcai zu lebenslanger Haft verurteilt](#)
- [Künstliche Intelligenz: Erstes KI-Schulbuch für Oberstufe in China veröffentlicht](#)

WIRTSCHAFT, FINANZEN UND TECHNOLOGIE

Ausländische Banken planen Mehrheitsbeteiligungen im Wertpapier-Geschäft

Ausländische Banken haben die Entscheidung der chinesischen Zentralbank PBOC begrüßt, schrittweise die Beteiligungsregelungen für Wertpapierunternehmen zu lockern. Mehrere Banken kündigten an, ihre Anteile in Brokerage-Joint-Ventures zu erhöhen.

Im April hatte Yi Gang, Chef der PBOC, **auf dem Bo'ao Forum angekündigt**, dass ausländische Banken ihre Anteile an chinesischen Wertpapierfirmen auf 51 Prozent erhöhen könnten. Innerhalb von drei Jahren soll die Obergrenze gänzlich entfallen.

Am Montag **kündigte JPMorgan Chase an**, dass es eine Anteilsmehrheit in einem Joint Venture mit China International Fund Management anstrebe. Bereits Anfang des Monats **hatte die Schweizer Bank UBS** ebenfalls einen Antrag gestellt, um in einem bestehenden Gemeinschaftsunternehmen in China die Mehrheit zu übernehmen. Auch die japanische Nomura-Bank plant eine Mehrheitsbeteiligung in ihrem Joint Venture.

Der britischen Bank HSBC wurde aufgrund ihrer starken Bindung zu Hongkong schon im vergangenen Jahr die **Sondererlaubnis erteilt**, mehrheitliche Anteile in einem Joint Venture zu übernehmen.

China steht vor allem **von Seiten der USA** unter Druck, seine Finanzmärkte weiter zu öffnen. Reformversprechen werden von der Regierung in Beijing jedoch nur langsam umgesetzt.

Die Zahl der Brokerage-Joint-Ventures in China ist relativ klein. Es wird daher einige Zeit dauern, bis ausländische Banken auf diesem Markt eine größere Rolle spielen. Eine Lockerung der Beteiligungsregeln wurde von der Regierung offenbar auch deshalb hinausgezögert, um chinesische Banken vor internationalem Wettbewerb zu schützen.

Staatsrat baut bürokratische Hürden für neue Firmen ab

Die Gründung einer Firma in China könnte bald einfacher werden, auch wenn sie mit ausländischem Kapital finanziert ist. Der Staatsrat, Chinas Kabinett, veröffentlichte **am 2. Mai** neue Regelungen zur Vereinfachung und Beschleunigung von Firmenneugründungen. **Am 16. Mai** folgte die Ankündigung, dass Gründungen von mit ausländischem Kapital finanzierten Firmen ab dem 30. Juni auf einer zentralen Website mit nur einem Formular möglich sein sollen. Dadurch soll sich die für die Registrierung und Aufnahme des Geschäftsbetriebs benötigte Zeit erheblich verkürzen.

Statistiken des Handelsministeriums zufolge wurden allein 2017 mehr als 35.000 Firmen in China mit ausländischem Kapital gegründet, ein Anstieg von 27,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ausländische Investitionen in China stiegen demnach um 7,9 Prozent und erreichten 877,5 Milliarden CNY (rund 117 Milliarden EUR).

Den Regelungen von Anfang Mai zufolge soll die Gründung einer Firma nun nur noch 8,5 anstatt wie bisher durchschnittlich 20 Werkzeuge benötigen. Die neuen Regelungen sollen zuerst in einer Testphase in verschiedenen Städten und schließlich Anfang 2019 landesweit umgesetzt werden.

Bereits im April hatte **der Staatsrat** eine Reihe von Steuererleichterungen im Wert von insgesamt 60 Milliarden CNY (8 Milliarden EUR) zur Unterstützung von kleinen und Kleinstunternehmen versprochen.

Ziel der Maßnahmen ist die Förderung von innovativen Geschäftsneugründungen. Die chinesische Regierung betont damit auch die Rolle kleiner Unternehmen und Start-ups bei der Schaffung eines innovationsgetriebenen Wachstumsmodells.

Kurz gemeldet

- **E-Mobilität:** Tesla eröffnet Forschungs- und Entwicklungszentrum in Shanghai
- **Börsengang:** Xiaomi strebt IPO in Hongkong an
- **Wohnungseigentum:** Hainan lockert Beschränkungen, um Talente anzuziehen
- **Wirtschaftszahlen:** Moderates Wachstum im April bei steigender Industrieproduktion

DER EUROPÄISCHE BLICK

Großbritannien und Tencent vereinbaren Kooperation im Kulturbereich

Das britische Ministerium für Internationalen Handel (DIT) und der chinesische Internetgigant Tencent haben ein Memorandum of Understanding (MOU) über eine breite kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Inhalt und Umfang **der Vereinbarung** sind bislang noch vage, aber zu den Vorhaben gehören unter anderem Kooperationsvorhaben mit der BBC und eine Zusammenarbeit mit der Oxford University im Bereich Forschung und Online-Gaming. Auch Projekte mit der britischen Tourismusbehörde und dem britischen Fashion Council sind im Gespräch.

Großbritanniens Staatssekretär für internationalen Handel, Liam Fox, und Tencents Senior Executive Vice President, Seng Yee Lau, gaben ihre Übereinkunft auf einer Veranstaltung in London am 9. Mai bekannt. Fox sprach von einer großen Chance für das Vereinigte Königreich: „Unternehmen wie Tencent sind innovativ und gestalten die Zukunft des globalen Handels.“ Lau sagte der Nachrichtenagentur Reuters, das Abkommen gebe Tencent einen „Landeplatz“ in Europa und eröffne weitere Handels- und Investitionsperspektiven.

Schon in der Vergangenheit hatte Tencent mit britischen Institutionen zusammengearbeitet. Gemeinsam mit der BBC produzierte das Unternehmen Blue Planet II, eine Naturdokumentation, die weltweit großen Erfolg hatte. 2017 unterzeichnete Tencent ein MOU mit dem Royal Opera House in London. Dabei wurde unter anderem eine Zusammenarbeit im Bereich Live-Streaming vereinbart.

Tencent ist eines **der größten Internetunternehmen** Chinas. Seine Messenger-App WeChat mit knapp einer Milliarde Nutzern ist führend auf Chinas boomendem Internetmarkt. Der Konzern steht aber auch wegen des mangelnden Schutzes von Nutzerdaten und seiner engen Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung in der Kritik.

Dieser Newsletter fasst ausschließlich bereits veröffentlichte und frei zugängliche Medien und Nachrichtenartikel zusammen. Er unterstützt weder die darin vertretenen Meinungen, noch erklärt er die dafür verwendeten Quellen und Materialien für (rechts)gültig. Die Verwendung der Links beruht auf der Annahme, dass diese im Einklang mit bestehenden Gesetzen und Regularien erstellt worden sind. Die angegebenen Quellen spiegeln lediglich eine Auswahl wider. Auf Anfrage teilen wir Ihnen gern alle weiteren Quellen unserer Meldungen mit.